

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/145

2. August 1977

Zum Gedenken an Paul Löbe

Der große Repräsentant des ersten demokratischen Parlaments
in Deutschland

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Von realistischer Bevölkerungsentwicklung ausgehen

Bayern hat als einziges Bundesland noch keine Daten erarbeitet

Von Dr. Dieter Haack MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister

Seite 3 / 36 Zeilen

Neuer Schritt gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Zwei Millionen arbeitslose Jugendliche in der EG

Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hergesallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 130 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 31 30 35/39
Telex: 33 33 940-45 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 88 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Zum Gedenken an Paul Löbe

Der große Repräsentant des ersten demokratischen Parlaments in Deutschland

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Heute jährt sich zum zehnten Mal der Todestag des früheren Reichstagspräsidenten und unvergessenen Sozialdemokraten Paul Löbe. In unserer Erinnerung lebt er vor allem als der große Repräsentant des ersten demokratischen Parlaments in Deutschland. Paul Löbe hat das Amt als Reichstagspräsident mit Würde, sachlicher Kompetenz, Überlegenheit und überzeugender Autorität ausgeübt. In unvergleichlichem Maße besaß er die Fähigkeit, ausgleichend zu wirken, die widerstrebensten Kräfte in die Ordnung und das Verfahren des Parlaments zu integrieren. Dies muß als eine besondere Leistung unter den Verhältnissen der Weimarer Republik, in denen tiefgreifende politische Gegensätze und der Extremismus von Rechts und Links im Parlament aufeinanderprallten, gewertet werden.

Obwohl dem Präsidenten des Deutschen Reichstags der Natur dieses Amtes wegen nur begrenzte Möglichkeiten einer direkten Einflußnahme in den unstrittenen Fragen der aktuellen Politik gegeben sind, bestätigen alle, die Paul Löbe gekannt haben, daß er durch seine Autorität und die Festigkeit seines Charakters eine starke Wirkung im politischen Leben der Weimarer Republik ausgeübt hat. Paul Löbe verstand sein Präsidentenamt durchaus politisch. Er war der erste Parlamentspräsident, der bei Übernahme dieses Amtes nicht aus seiner Fraktion austrat. Obwohl Paul Löbe also Fraktionsmitglied der SPD blieb, hat er doch stets als ein über den Parteien stehender Politiker im Reichstag gewirkt. Dabei mußte er sich immer wieder energisch für die parlamentarische Demokratie einsetzen, denn mit KPD und NSDAP waren zwei Parteien im Reichstag vertreten, die nicht auf dem Boden der demokratischen Verfassung standen und deren Abgeordnete ohne weiteres bereit waren, sich über parlamentarische Spielregeln hinwegzusetzen. Autorität und Geschicklichkeit waren die Eigenschaften, deren Paul Löbe auf dem Präsidentenstuhl

bedurfte. Sie wurden ihm sogar von seinen Gegnern bescheinigt.

Wer sich die Verhältnisse der ersten deutschen Republik vergegenwärtigt, die Vielzahl der Parteien und Fraktionen im Reichstag, die tiefen Gegensätze und die in leidenschaftlichen Debatten oft aufeinander prallenden extremen Positionen, wird ermessen können, wie schwierig es gewesen ist, diesen Reichstag zu leiten, und welche Leistung es bedeutete, sich über einen so langen Zeitraum das Vertrauen des Parlaments zu erhalten.

Als Paul Löbe 1932 das Präsidentenamt an den Repräsentanten der Nationalsozialisten, Hermann Göring, abgeben mußte, war dies ein deutliches Vorzeichen für das Ende des Reichstags als freier deutscher Volksvertretung. Im Jahre 1942 schloß sich Paul Löbe den Widerstandsgruppen um Leuchner, Leber und Gördeler an. Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er erneut verhaftet. Gleichwohl hat er das furchtbare Ende der Nazidiktatur ungebrochen überstanden. So konnte Paul Löbe nach dem Kriege an der Wiedererrichtung einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland vielfältig mitwirken. Er war Mitglied des Parlamentarischen Rates und Abgeordneter der SPD in der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Es kann als glückliche Fügung bezeichnet werden, daß gerade ihm, dem langjährigen Reichstagspräsidenten und lebendigen Sinnbild des demokratischen Geistes von Weimar, die Aufgabe zufiel, als Alterspräsident die erste Sitzung des neugewählten Deutschen Bundestages zu eröffnen.

Paul Löbe, der einer Arbeiterfamilie entstammte, und sich schon in jungen Jahren der Arbeiterbewegung anschloß, stellt aber auch ein Sinnbild für die Emanzipation der deutschen Arbeiterschaft im Rahmen der Sozialdemokratie dar. Er symbolisiert wie kaum ein anderer das Streben nach einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie, die im Parlament ihren lebendigen Ausdruck findet. Paul Löbe hat als Parlamentarier und als Sozialdemokrat stets als Vorbild gewirkt und dazu beigetragen, für das politische Verhalten in der parlamentarischen Demokratie gültige Maßstäbe zu setzen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, gerade auch in der jungen Generation das Vorbild dieses Mannes wachzuhalten.

(-/2.8.1977/ks/ka)

+ + +

Von realistischer Bevölkerungsentwicklung ausgehen

Bayern hat als einziges Bundesland noch keine Daten erarbeitet

Von Dr. Dieter Haack MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister

Die Ankündigung von Staatsminister Dick, die überhöhten Bevölkerungsrichtwerte im Landesentwicklungsprogramm Bayerns zu senken, ist zu begrüßen. Derartige Planungsdaten bilden eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Einsatz öffentlicher Mittel. Gerade in Zeiten finanzieller Engpässe muß die bayerische Landesentwicklungspolitik den Bevölkerungsrückgang berücksichtigen, wenn sie die Fachplanungen auf eine wirkungsvolle Siedlungsentwicklungspolitik hin koordinieren will. Das Landesentwicklungsprogramm Bayern eignet sich nicht für eine derartige Koordination, da es für den Freistaat ein unrealistisch hohes Bevölkerungswachstum unterstellt.

In diesem Zusammenhang ist eine wirksame Koordination zwischen dem Bundesraumordnungsprogramm und den Entwicklungsprogrammen der Bundesländer notwendig. 1975 hat Bayern dem Bundesraumordnungsprogramm nicht zugestimmt; dieses Programm zeigte schon damals an, daß die Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland stagniert, ja, daß ein erheblicher Bevölkerungsrückgang bis 1985 in unserem Staate nicht auszuschließen ist. Bayern verneinte seinerzeit diese Entwicklung und legte seinem 1976 verabschiedeten Landesentwicklungsprogramm ein Bevölkerungswachstum bis 1990 von ca. sieben Prozent zugrunde. Nachdem der Bund im Januar 1977 seine neue Raumordnungsprognose den Ländern zur weiteren Beratung übersandt hatte, wurde auch für die bayerische Landesentwicklungspolitik deutlich, daß wir es bis 1990 mit einer erheblichen Bevölkerungsabnahme zu tun haben.

Die Fachausschüsse der Ministerkonferenz für Raumordnung haben die Aufstellung der neuen Raumordnungsprognose des Bundes als eine geeignete Grundlage für die Fortschreibung des Bundesraumordnungsprogramms begrüßt. Derzeit beraten Bund und Länder auf der Basis der neuen Raumordnungsprognose sowie Prognoserechnungen der Länder über Ausmaß und regionale Konsequenz der künftigen Bevölkerungsentwicklung.

Bayern ist heute das einzige Bundesland, welches noch immer keine neuen Daten der künftigen Bevölkerungsentwicklung für sein Land erarbeitet und in diese Bund-Länder-Beratungen eingebracht hat. Hierdurch verzögert Bayern nicht nur die Beratungen in der Ministerkonferenz für Raumordnung, sondern - was schwerer wiegt - die Kommunen und regionale Planungsträger werden bei der Aufstellung von Wohnungsbedarfsprognosen, Schulentwicklungsplänen und anderen Infrastrukturplänen sehr verunsichert, wenn sie ihre Planungen an den überhöhten Bevölkerungswachstumsraten des Landesentwicklungsprogramms Bayerns ausrichten sollen, gleichzeitig aber in der Ministerkonferenz für Raumordnung die Probleme des Bevölkerungsrückgangs erörtert werden.

(-/2.8.1977/ks/10)

+ + +

Neuer Schritt gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Zwei Millionen arbeitslose Jugendliche in der EG

Die EG-Kommission in Brüssel hat in einer Empfehlung die neun EG-Mitgliedstaaten aufgefordert, eine geeignete berufliche Vorbereitung für arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche zu fördern.

Grund dieser Empfehlung ist die Besorgnis der Kommission über die Jugendarbeitslosigkeit in der Gemeinschaft, die seit 1970 ständig zunimmt und sich seit Anfang 1973 verdoppelt hat; im Frühjahr dieses Jahres waren rund zwei Millionen Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. Trotz der erwarteten Verbesserung der Wirtschaftslage bleiben die Aussichten für die Jugendlichen unsicher. Das Arbeitskräfteangebot wird zwischen 1976 und 1980 voraussichtlich um zwei Millionen Arbeitskräfte steigen, während die Zahl der aus dem Erwerbsleben ausscheidenden zurückgehen wird. Die Jugendarbeitslosigkeit könnte sich also mittelfristig noch verschärfen.

Auf längere Sicht (ungefähr ab 1985) wird sich die Lage vermutlich bessern, weil dann die Jugendlichen, die in den geburtenschwachen Jahrgängen seit 1968 zur Welt gekommen sind, auf den Arbeitsmarkt kommen werden. Aber die Jugendarbeitslosigkeit wird nicht nur von quantitativen Faktoren bestimmt. Sie ist auch eine Folge der zunehmenden Kluft zwischen der Vorbereitung und den Qualifikationen der auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen und der für sie verfügbaren Arbeitsplätze.

Die besondere Sorge dieser Empfehlung gilt der hohen Zahl Jugendlicher, die alljährlich ohne angemessene arbeitsorientierte Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt kommen. Sie verlassen die Schule nach Beendigung der Schulpflicht (d.h. in der Gemeinschaft mit 14 bis 16 Jahren) mit oft recht bescheidenen elementaren Kenntnissen. Da sie zur Zeit wenig Berufsberatung oder Berufsausbildung erhalten, ist es für sie schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Diese Gruppe von Jugendlichen braucht die Hilfe gut integrierter Berufsberatungs-, Berufsausbildungs- und Arbeitsvermittlungsdienste.

Die Empfehlung will auch den Jugendlichen, die ohne Berufsausbildung eine Stelle als ungelernte Arbeiter gefunden haben, Hilfestellung leisten. Solche

Arbeitsplätze sind oft von kurzfristiger Entlassung bedroht; die Empfehlung zielt deshalb auf eine Verbesserung der Chancen dieser Jugendlichen ab, ihre Stellen zu behalten oder neue zu finden.

Den Mitgliedstaaten wird empfohlen, Jugendlichen, die arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind und keine andere Gelegenheit für eine Berufsausbildung haben, zwischen Beendigung der Pflichtschule und dem Alter von 25 Jahren eine Berufsvorbereitung zu ermöglichen. Dabei sollte notwendigerweise denjenigen Vorrang gegeben werden, die die Schule ohne offiziellen Abschluß verlassen. Diese Vorbereitung sollte gegebenenfalls folgende Maßnahmen umfassen:

- a/ Berufsberatung;
- b/ verstärkte Vermittlung elementarer Kenntnisse, z.B. mündlicher und schriftlicher Ausdruck, Grundkenntnisse der Mathematik usw., und ihre praktische Anwendung;
- c/ Verständnis der Grundprinzipien des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaus, Rechtsbestimmungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit und der Beschäftigung, Rolle des Unternehmertums und der Gewerkschaften, usw.;
- d/ breitangelegte praktische Grundausbildung;
- e/ praktische Arbeitserfahrung.

Diese Empfehlung dringt auch darauf, daß Jugendlichen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, angemessener Urlaub zum Besuch von Ausbildungslehrgängen gewährt wird und daß Jugendlichen, die öffentlich anerkannte Lehrgänge besuchen, Unterhaltszuschüsse, (gegebenenfalls) Lehrgangsgebühren und die Kosten der Lehrgänge gezahlt werden. Die Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, daß Jugendliche, die die Schule nach beendigter Schulpflicht verlassen, nicht durch rechtliche Beschränkungen daran gehindert werden, eine Berufsausbildung aufzunehmen oder eine Arbeitsstelle anzutreten.

Egon C. Heinrich
(-/2.8.1977/ks/ja)